

Oberbürgermeisterin
Bärbel Dieckmann
Bundesstadt Bonn
Bürgerbüro der Oberbürgermeisterin
53103 Bonn

Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland LV NW e.V.
Kreisgruppe Bonn

Bonn, den 24. Juli 2006

Atomtransporte durch Bonner Stadtgebiet

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

nach Erkenntnissen der BUND-Kreisgruppe Bonn ist das Bonner Stadtgebiet auch nach Einstellung der Castor-Transporte aus deutschen Atomkraftwerken in die Plutoniumfabriken La Hague und Sellafield zum 30.06.05 regelmäßig von Durchfahrten bzw. Aufhalten von Zügen mit radioaktivem Material betroffen.

Wir sehen vor diesem Hintergrund dringenden Informations- und Handlungsbedarf der Stadtverwaltung, sowohl aus Gründen der Gefahrenabwehr als auch im Sinne der beiden Ratsbeschlüsse vom 19.10.95 und 26.06.97, die sich gegen Atomtransporte durch das Stadtgebiet aussprechen und das Eintreten der Stadt Bonn für einen Atomausstieg unterstreichen.

Bei den Transporten handelt es sich um Sonderzüge, die die einzige deutsche Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau mit dem Rohstoff Uran versorgen. Dort wird der Anteil des spaltbaren Isotops U235 im Zentrifugenverfahren auf ca. 2 - 5 % erhöht, damit es in Brennelementen in Atomkraftwerken eingesetzt werden kann.

Das in Gronau angereicherte Uran wird zuvor in der südfranzösischen Anreicherungsanlage Pierrelatte zu Uranhexafluorid (UF₆) aufbereitet und in ca. zweiwöchig stattfindenden Transporten vermutlich über die Strecke Lyon - Nancy - Saarbrücken - Trier - Koblenz - Bonn - Köln - Lünen - Ahaus nach Gronau gebracht. Beobachtet wurden in den vergangenen Wochen Zugtransporte mit bis zu 250 t UF₆. (Fotos von beobachteten Zügen und Transportbehältern sind auf unserer Internetseite www.bund-bonn.de dokumentiert.)

Gefahren ergeben sich während des Transportes für Anlieger der Transportstrecke insbesondere durch die radioaktive Strahlung. So löste zuletzt ein im Güterbahnhof Trier-Ehrang wartender Transport aus Pierrelatte am 28.06.06 bei Bundespolizei und Feuerwehr Großalarm aus, da ein Strahlendetektor in einem benachbarten Industriebetrieb erhöhte Radioaktivität festgestellt hatte (vgl. Trierischer Volksfreund, 30.06.06).

Kommt es bei Unfällen zum Austritt von Uranhexafluorid, reagiert dieses mit Luftfeuchtigkeit u.a. zur ätzenden Flusssäure, wodurch es im Umkreis von mehreren hundert Metern zu Schwerverletzten und Todesfällen kommen kann.

Wir befürchten, dass die z.Zt. bereits in ca. zweiwöchentlichen Abständen durch Bonn rollenden Transporte ab 2007 deutlich zunehmen werden, da dann nach Angaben der Urenco-Gruppe, des Betreibers der Gronauer Urananreicherungsanlage, deren Kapazitätserweiterung von 1.800 t auf 4.500 t Uran-Trennarbeit pro Jahr abgeschlossen sein wird. Die Anlage wird dann weltweit rund 35 Atomkraftwerke mit Brennstoff versorgen können. Der derzeitige Betrieb mit 1.800 t Kapazität ist nach Betreiberangaben schon jetzt mit jährlich 750 Lkw-Transporten verbunden, weshalb zunehmend Bahntransporte für die Uranversorgung genutzt werden und im Zuge der Erweiterung ein eigener Bahnanschluss gebaut wurde.

Betreiber und verantwortliche Behörden haben bisher offensichtlich versucht, die Transporte unter völliger Geheimhaltung durchzuführen. Es ist zu befürchten, dass weder Anliegerkommunen noch örtliche Rettungsdienste und Feuerwehren im Vorfeld informiert werden und möglicherweise auch nicht auf die spezifischen Gefahren der Transporte von Uranhexafluorid vorbereitet sind, wie z.B. frühere Anfragen von Atomkraftgegnern im Bereich der Stadt Münster ergaben.

Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass der massive Ausbau der Urananreicherungsanlage Gronau den von der Bundesregierung geplanten Ausstieg aus der Atomenergie unterläuft, den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken erst ermöglicht und das ungelöste Atommüllproblem weiter verschärft.

Die Urananreicherung macht zudem deutlich, dass eine Trennung von „ziviler“ und militärischer Nutzung der Atomenergie unmöglich ist: Mit Umbauten und einer höheren Anreicherung des U-235-Gehaltes kann verhältnismäßig leicht und schnell hochangereichertes, waffenfähiges Material produziert werden - nicht nur im Iran.

Nachgewiesen wurde außerdem die Verwendung des als Nebenprodukt anfallenden abgereicherten Urans als panzerbrechende Munition im Kosovo, Irak und in Afghanistan.

Selbstverständlich verfügt die Stadt Bonn über keine unmittelbaren Einflussmöglichkeiten auf die Nutzung der Urananreicherung oder die damit verbundenen Transporte. Angesichts der enormen Risiken der Urananreicherung als Schlüsseltechnologie der Atomindustrie halten wir dennoch die Klärung der folgenden Fragen für unabdingbar:

- Wird die Stadt Bonn von Betreibern, Transporteuren oder Strahlenschutzbehörden über Transporttermine informiert? Falls dies nicht der Fall ist, wird die Stadtverwaltung beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) auf eine Veröffentlichung der dort bisher nicht genehmigungspflichtigen Transporte drängen?
- Sind die örtlichen Polizeibehörden, die Rettungsdienste und die Feuerwehr über Transporttermine informiert und hinsichtlich der radiologischen und chemischen Gefährdungspotenziale von Uranhexafluorid vorbereitet?
- Bei Castor-Transporten kam es aufgrund von Personalwechselln regelmäßig im Bahnhof Bonn-Beuel zu längeren Stopps (zuletzt beobachtet am 25.04.05). Gibt es auf Bonner Stadtgebiet auch längere Aufenthalte der Transporte aus Pierrelatte?
- Welche Möglichkeiten sieht die Stadt Bonn, in Kooperation mit weiteren von den Transporten betroffenen Kommunen für Aufklärung zu sorgen und sich für ein mögliches Ende der Transporte zu engagieren?

Atomtransporte dürfen den Bonner BürgerInnen nicht länger verheimlicht werden. Als Vorreiterin in der Nutzung Erneuerbarer Energien sollte die Stadt Bonn deutlich machen, dass Atomtransporte unerwünscht und überflüssig sind.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Aufderheide
Vorsitzende BUND-Kreisgruppe Bonn

Jörg Mühlenhoff
Vorstand BUND-Kreisgruppe Bonn

Anerkannter Naturschutzverband
nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz

Deutsche Sektion von
Friends of the Earth International

Kreisgeschäftsstelle: Ökozentrum Bonn
Sandkaule 2, 53111 Bonn
Tel. 0228/ 69 22 20, Fax 976 86 15
www.bund-bonn.de
bund.bonn@bund.net

Bankverbindung:
Sparkasse KölnBonn
BLZ: 380 500 00
Kto. 19 81 00 65 86